

**HERBSTTAGUNG
DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE
Malta, 17. bis 20. November 2006**

Die Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE PV fand vom 17. bis 20. November 2006 in Malta statt. Das **Programm** umfasste die PARLAMENTARISCHE KONFERENZ ÜBER EINWANDERUNG, INTEGRATION UND KULTURÜBERGREIFENDEN DIALOG: DIE ROLLE DER OSZE, das MITTELMEERFORUM DER OSZE PV und eine SITZUNG DES STÄNDIGEN AUSSCHUSSES. Die Konferenz, an der mehr als 250 Personen aus 51 Ländern teilnahmen, wurde vom maltesischen Parlamentspräsidenten **Anton Tabone** eröffnet (*Anlagen 1 bis 3: Programm, Teilnehmerliste, News from Copenhagen*).

Der Deutsche Bundestag entsandte folgende **Delegation**:

Abg. Willy Wimmer (CDU/CSU) – amtierender Delegationsleiter

Abg. Doris Barnett (SPD)

Abg. Michael Link (FDP)

Abg. Hans Raidel (CDU/CSU)

Abg. Hedi Wegener (SPD)

Abg. Rolf Kramer (SPD)

Künftige Termine:

Wintertagung: 22./23. Februar 2007, Wien (Österreich)

Präsidium: 23. April 2007, Kopenhagen (Dänemark)

Wirtschaftskonferenz: 24. bis 26. Mai 2007, Andorra

Jahrestagung: 5. bis 9. Juli 2007, Kiew (Ukraine)

Herbsttagung: 29. September bis 1. Oktober 2007, Slowenien

Freitag, 17. November 2006

Eröffnungssitzung

Der maltesische Parlamentspräsident **Anton TABONE** – *Anlage 4* - verwies auf die Notwendigkeit des Respekts für religiöse und kulturelle Identität. Man müsse Bedingungen schaffen, die eine Verwirklichung dieser Identität ermöglichen. Die Gesellschaft solle von Multikulturalität zu Interkulturalität wechseln. Ein großes Problem in Malta sei die illegale Immigration.

Jason AZZOPARDI, Leiter der maltesischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, begrüßte die Anwesenden. Delegationen aus 47 Mitgliedstaaten sowie aus vier Partnerländern (Algerien, Ägypten, Israel und Tunesien). Malta habe stets unterstrichen, dass die Sicherheit im Mittelmeerraum und die europäische Sicherheit untrennbar seien. Malta habe dafür gesorgt, dass das Thema Immigration auf die EU-Agenda gesetzt wurde. Er unterstrich Gemeinsamkeit und Diversität innerhalb der EU als Wert der Gemeinschaft.

Göran LENNMARKER, Präsident der OSZE PV, nannte als eine Priorität seiner Präsidentschaft, er wolle die Rolle der PV stärken. Parlamentarier könnten insbesondere dabei helfen, so genannte eingefrorene Konflikte zu lösen (*Anlage 5 – Rede Lennmarker vor dem Permanent Council*). Gleiches gelte für die Stärkung der Menschenrechte. Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt sei die Wahlbeobachtung. Auf das Konferenzthema eingehend, meinte er, Migration stelle auch eine Bereicherung dar. Toleranz und Nichtdiskriminierung seien Faktoren langfristiger Sicherheit. Besonders hob er den Dialog zwischen der EU und Afrika sowie die deutsch-türkische Initiative zum Dialog hervor.

Sitzung 1 – Förderung der Integration in der OSZE: Herausforderungen für multiethnische Gesellschaften

In der von Senator **Jerry GRAFSTEIN**, Schatzmeister der OSZE PV, moderierten Sitzung ging **Peter SCHATZER** zum Thema **Umgang mit Migration: Integration und Diversitätspolitiken auf Entwicklungen in Europa** ein. Einer von drei Migranten komme nach Europa. Die meisten reisen mit legalem Visum ein, das dann u. U. auslaufe. Migration trage zu Bevölkerungswachstum bei. Integration in den Arbeitsmarkt sei jedoch schwierig.

Koordination auf nationaler und internationaler Ebene sei notwendig, da es keine einheitlichen Zuständigkeiten für diesen Themenkomplex gebe. Das Problem sei die Integration der Migranten, womit auch der Zugang zu verschiedenen Diensten wie Gesundheitsleistungen verbunden sei. Man könne sich dabei in der Diskussion nicht nur auf dauerhafte Niederlassung von Migranten beschränken, sondern müsse auch über temporäre Modelle und Lösungen nachdenken.

Guido DE MARCO, ehemaliger Präsident von Malta, unterstrich die Bedeutung der Verbindung zwischen Mittelmeerraum und OSZE. Es gebe einen maßgeblichen Unterschied zwischen dem Aufbau eines Staates mit einheitlicher Bevölkerung und eines Staates mit multiethnischer Bevölkerung. Wichtig sei, dass Migranten keine Ghettos bildeten. Er sprach sich für ein multikulturelles Europa aus.

Werner WNENDT, Leiter der **OSZE-Mission im Kosovo**, ging auf die Situation im Kosovo ein. Die OSZE habe insbesondere im Balkan multiethnische Gesellschaften unterstützt. Die im Kosovo erlittenen Traumata behinderten die Gesellschaft und die erfolgreiche Bildung von Institutionen. Die Nachwirkungen stellten das Potential für neue Konflikte dar. Das Misstrauen untereinander behindere den Aufbau der Gesellschaft; Vertrauensbildung sei die Hauptaufgabe der OSZE im Kosovo. Instrumente hierfür seien zum Beispiel Trainingsprogramme für Polizei, Verwaltung etc. Kooperation sei jetzt nötig, auch wenn die Vertrauensbildung noch Zeit in Anspruch nehme. Die Mission unterstütze regionale Kooperationsmaßnahmen in jeder Form; so habe man eine Konferenz zu parlamentarischer Kontrolle und anderen Themen durchgeführt. Auch im Rahmen der Debatte wurden Zweifel am Erfolg einer multiethnischen Gesellschaft geäußert.

Sitzung 2 – Ethnische Identität und kulturelle Diversität

In der von **Roberto BATTELLI**, Sonderbeauftragter der Versammlung für Südosteuropa und Leiter der slowenischen Delegation moderierten Sitzung erklärte **Ranier FSADNI**, Mediterranes Institut, Universität von Malta, er wolle in seinem Vortrag eine andere Perspektive des Themas Identität untersuchen. Die Bedeutung von interkultureller Kommunikation auch für die Sicherheit sei schon lange vorhanden, werde jetzt aber stärker anerkannt. Multikulturalismus solle Politik sein, die den Austausch zwischen verschiedenen Kulturen ermöglicht. Man könne angesichts der Gegebenheiten in Europa nicht mehr über das

ob, sondern über das *wie* diskutieren, da man die Frage in jedem Fall angehen müsse. Identität habe auch mit Solidarität mit den anderen Mitgliedern der Gesellschaft zu tun.

In der Debatte wurde gesagt, Globalisierung müsse nicht Zerstörung von kultureller Identität bedeuten. Ein multiethnisches Europa müsse ausgewogen im Hinblick auf die Bevölkerungsstrukturen sein. Globalisierung sei ein altes Phänomen, verfüge aber über neue Instrumente. Immer wieder wurde die Bedeutung von Toleranz gegenüber Minderheiten betont. Offenbar sei es häufig einfacher, Wirtschaften kompatibel zu machen als Kulturen, so ein Vertreter der Türkei. Serbien verwies auf mehr als 30 Minderheiten in seinem Herrschaftsgebiet und meinte, Minderheitenrechte sollten nicht auf Kosten der Mehrheit gehen.

Sitzung 3 - Migration und Sicherheit

In der dritten Sitzung **Migration und Sicherheit**, moderiert von **João SOARES**, Vizepräsident der Versammlung, trug **Karl E. WYCOFF**, Leiter der OSZE-Antiterrorismuseinheit, zum Thema **Globale Migration und die Bedrohungen der Sicherheit** vor. Er ging auf den Zusammenhang zwischen Terrorismus und Einwanderungsbetrug ein, da statistisch gesehen viele Extremisten auch Einwanderungsbetrug bei der Einreise in andere Länder begangen hätten. Im Fokus seiner Behörde stehen weiter die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die Fälschung von Pässen und anderen Dokumenten. Gegen diese Dokumentenfälschung, die eine ungehinderte Einreise auch von Terroristen ermöglichen könnte, würden seitens Polizei und Militär Kontrollen und geheimdienstliche Mittel eingesetzt. Die internationale Zusammenarbeit werde besser, aber Probleme blieben bestehen. Der Schutz von Menschenrechten sei ebenfalls ein gemeinschaftliches Interesse. Die Nutzung des Internet durch Terroristen für ihre Zwecke sei ein weiteres Schwerpunktgebiet. Es habe bereits zwei Konferenzen zum Thema Terrorismus und Internet gegeben. Generell unterstrich er die Notwendigkeit, die Abstände zwischen den gesellschaftlichen Gruppen zu verringern. Die OSZE habe einschlägige Programme zur Unterstützung von Menschenrechten und im Kampf gegen Intoleranz. Man habe einen sogenannten Risk Management-Ansatz, was bedeutet, dass man Bedrohungen zunächst analysieren muss, um sie besser bekämpfen zu können. Als Beispiel für die Koordination mit anderen Organisationen nannte er drei Programme: Dokumentensicherheit, Interpol Datenbank und gegenseitige Rechtshilfe.

Sitzung 4 – Illegale Migration

Die von **Panos KAMMENOS**, Vizepräsident der OSZE Versammlung, moderierte Sitzung befasste sich mit dem Thema **Illegale Migration**. Kammenos ging auf die Problematik des Menschenhandels ein, dessen Opfer in der Regel Leute aus armen Ländern werden, die perspektivlos sind und in den Zielländern unzureichende Arbeit annehmen. Als ein Gegenmittel nannte er die Abschöpfung der Profite. Die OSZE engagiere sich im Kampf gegen Diskriminierung und Toleranz auch durch Erziehung und wirke durch Programme dem Menschenhandel entgegen.

Tonio BORG, stellvertretender. Premierminister und Minister für Justiz und Heimatangelegenheiten, nannte Migration ein weltweites Phänomen (*Anlage 6*). Ursache sei u. a. eine instabile Wirtschaft. Ein Viertel der 15 Millionen Personen, die ihre Heimat verlassen haben oder verlassen mussten, seien Afrikaner. Das Problem betreffe uns alle und Malta sei besonders betroffen. Seit 2002 seien 7.000 illegale Immigranten eingetroffen, was, gemessen an der Bevölkerung Maltas, einem Anteil von einer Million z. B. in Deutschland entspreche. Malta erkenne seine Verantwortung an. Borg mahnte eine abgestimmte Strategie an. Malta schlage vor, einen koordinierten und einheitlichen Ansatz der Transit- und Zielländer zu entwickeln. Man spreche sich ferner für Liaison-Einheiten der Polizei aus, die in den Bereichen organisiertes Verbrechen und Menschenhandel aktiv werden. Bi- und multilaterale Projekte zum Migrationsmanagement sollten durchgeführt werden.

Gavin GULIA, Sprecher der Opposition zu Heimatangelegenheiten, unterstrich die wirtschaftlich begründete Anziehungskraft, die die EU auf Migranten ausübe (*Anlage 7*). Damit sei sowohl eine humanitäre Problematik als auch ein Sicherheitsrisiko für kleine Länder wie Malta, die am Rand der EU liegen, verbunden. Der Strom sei ansteigend. Malta habe keine Ausweichterritorien wie vergleichbar Lampedusa, die Flüchtlinge auf das italienische Festland schicken könne. Massenimmigration sei schlicht nicht zu handhaben. Im Jahre 2002 habe man ein Flüchtlingsgesetz mit Minimalstandards erlassen. In Malta sei heute wachsende Xenophobie festzustellen. Die EU müsse sich den Herausforderungen stellen und einen gemeinsamen Ansatz wählen, anstatt, wie derzeit festzustellen ist, den „Einreisestaat“ allein zu lassen.

Molly H. BORDONARO, Botschafter der Vereinigten Staaten in Malta, unterstrich die Bedeutung des Themas auch für die USA (*Anlage 8*). Auch in den USA seien Menschenrechte der Immigranten ein Thema. Die Zahl der Immigranten habe wie in Europa zugenommen. In 2003 habe es einen Anteil von 11,7 % gegeben. Geschätzte acht bis zwölf Millionen illegale Immigranten leben in den USA. Als einen Schwerpunkt der Diskussion nannte sie Grenzsicherheit, wobei sie darauf verwies, dass Menschenhandel an den Landesgrenzen Amerikas ein besonderes Problem sei. Die beiden anderen Schwerpunktbereiche seien Wirtschaft und Arbeitslosigkeit (zur Zeit 4,5 % in den USA). Viele Migranten arbeiten im Bau- oder Dienstleistungsgewerbe. Im Rahmen der Gesetzgebung gebe es verschiedene Lösungsvorschläge, die von einer Rückkehrpflicht nach Hause mit Einholung der Arbeitserlaubnis bis zu einer allgemeinen Amnestie reichen. Nach einer neuen Initiative kann auch ein illegaler Einwanderer einen Job annehmen, sofern kein US-Bürger diesen will. Im Rahmen der anschließenden Debatte wurde auf die Sicherheitsimplikationen durch illegale Einwanderung verwiesen. Immer wieder beklagten kleine Länder, dass die Einwanderung nicht zu bewältigen sei (Malta). Abg. **Willy Wimmer** (Deutschland) verwies, auf die Darstellungen der maltesischen Seite eingehend, auf die Situation, in der sich Deutschland vor mehr als 10 Jahren mit über 800.000 Flüchtlingen befunden habe. Er fragte, ob und welche Rolle Malta im Westen Europas spielen wolle. Sollte die OSZE zur Masseneinwanderung aus der Sub-Sahara eine andere Haltung einnehmen, und habe man die Chance verpasst, auf eine andere Entwicklung zu drängen? Zu den Ursachen für Migration (Norwegen) wurde auf die Komplexität des Problems verwiesen; ein Schweizer Delegierter unterstrich, dass Migranten ohne Einreiseerlaubnis eben auch illegale Einwanderer seien und nicht nur zu schützende Individuen. Der maltesische Delegationsleiter **AZZOPARDI** mahnte abschließend eine gerechte Lastenverteilung an.

Samstag, 18. November 2006

Sitzung des Ständigen Ausschusses
--

- Tagesordnung Anlage 9 -

Präsident **LENNMARKER** berichtete über die Aktivitäten des Präsidenten Hastings und seiner eigenen, wobei er auf seine Rede vor dem Ständigen Rat in Wien verwies (*Anlage 5*). Er habe Russland, Deutschland sowie die belgische Präsidentschaft besucht und werde in Brüssel vor dem Ministerrat sprechen. Sein Vorgänger Hastings habe insbesondere den Transatlantischen Dialog gestärkt.

Bericht des Schatzmeisters, Jerry GRAFSTEIN

Die Versammlung befindet sich finanziell in guter Verfassung. Für das finanzielle Management werde man wieder sehr gute Noten erhalten. Er dankte der dänischen Regierung für die Stellung des Büros in Kopenhagen sowie der österreichischen Regierung für das Büro in Wien. Die parlamentarische Versammlung der OSZE sei eine der kosteneffektivsten Organisationen (*Bericht Anlage 10*).

Bericht des Generalsekretärs Spencer Oliver

Die Jahrestagung in Brüssel sei eine der meist besuchten Versammlungen gewesen. Er verwies auf die News of Copenhagen als ständige Informationsquelle, die Aktivitäten der PV im Bereich Wahlbeobachtungen (Montenegro, Bosnien-Herzegowina etc.) sowie auf die erfolgreiche Weiterführung des Forschungsassistentenprogramms.

Änderungen der Geschäftsordnung

Der Ständige Ausschuss verabschiedete anschließend **Änderungen der Geschäftsordnung** (die *angenommenen Änderungen sind als Anlage 11* beigefügt). Eine wesentliche Veränderung ist die **Zusammenfassung von Präsidium und Erweitertem Präsidium**. Es gibt nur noch eine Regel, die das Präsidium betrifft. Das Präsidium besteht nunmehr aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten, dem Schatzmeister, den Vorständen der drei Allgemeinen Ausschüsse und dem Präsidenten Emeritus (ohne Stimmrecht). Die **Herbsttagung** wird in der Geschäftsordnung festgeschrieben (nach Regel 13). Nach Regel 19 sollen alle nationalen Delegationen eine schriftliche Frage an den Chairman in Office richten können, die innerhalb

von sechs Wochen beantwortet wird. Formvorschriften für die **Zusatztagesordnungspunkte** sowie für den Rücktritt eines **Vizepräsidenten** vor der Tagung der Versammlung, wenn er nicht mehr Abgeordneter ist, werden klargestellt (Regel 5 und 20.1). Nach Regel 35 soll der **stellvertretende Vorsitzende jedes einzelnen Ausschusses** verantwortlich sein für einen **Bericht zum follow up der Resolution** des Ausschusses und der Parlamentarischen Versammlung. Diese Berichte sollen auf dem Wintertreffen präsentiert werden.

Diskussionen gab es lediglich zur **Amtszeit des Generalsekretärs**. Vorgeschlagen war eine Ernennung für fünf Jahre mit zweifacher Erneuerung und eventuell noch eine weitere Verlängerung durch den Ständigen Ausschuss. Die Regelung wurde abgelehnt, so dass nun die alte Regel weiter gilt, nach der im Prinzip gar keine Begrenzung für die Verlängerung vorgesehen ist. Dies wurde in der Diskussion anscheinend nicht ganz klar, da die ablehnende Argumentation darauf zielte, dass ein Ungleichgewicht bestünde, wenn der Präsident maximal für zwei Jahre amtierend dürfe, der Generalsekretär aber 15 Jahre + x, die bestehende Regel letztendlich aber im Sinne des Generalsekretärs großzügiger ist.

Generalsekretär **Spencer Oliver** berichtete ferner über die Problematik der **Wahlbeobachtungen**. Es gebe ein Kooperationsabkommen, dass die Versammlung stets beachtet habe, der Chairman in Office aber habe die so genannten "monitors of the monitors" zur Kontrolle ernannt. Im Juni und September habe der Direktor von ODIHR Briefings in Wien gegeben, die PV hiervon aber ausgeschlossen. Nach dem Kooperationsabkommen muss ODIHR sich mit der Parlamentarischen Versammlung über die Notwendigkeiten abstimmen. In den USA war jedoch keine Rede davon, sondern ODIHR habe dies im Alleingang gemacht. Die Versammlung werde auch in keiner der Materialien von ODIHR erwähnt. (*Ergebnisse durchgeführter Wahlbeobachtungen siehe Anlage 12*). Ein Vertreter der belgischen Delegation berichtete über Analysen von Wahlbeobachtungen, die dort gemacht wurden. Die Methoden seien im Prinzip in Ordnung. Die Zusammenarbeit zwischen ODIHR und der PV sei wichtig. Die Präsenz der Versammlung sei aber auch nur so weit von Bedeutung, wie die Beobachter qualifiziert seien. Der spezielle Koordinator solle weiterhin zur Versammlung gehören.

Seitens der russischen Delegation wurde erneut kritisiert, dass die Arbeit auf Richtlinien beruhe, die nicht mit allen Parlamenten abgestimmt seien. Entscheidungen würden nicht transparent im Präsidium getroffen und doppelte Standards angewandt.

Wahlbeobachtung Serbien, 21. Januar 2007: Die OSZE PV wird eingeladen.

Themenvorschläge für die **Jahrestagung** werden erbeten.

Botschafter Marc Perrin de Brichambaut, Generalsekretär der OSZE, äußerte sich zum Haushalt der OSZE und stellte die Schwerpunkte der Arbeit dar (*Anlage 13 Tagesordnung Ministerrat, Anlage 14 Haushalt*). Der Großteil der Finanzmittel geht in Projekte in Südosteuropa. Die Ministerratssitzung umfasse als Hauptbereiche regionale Fragen und Konflikte (Georgien, Kosovo, Moldau); hier sei die Verhandlung auch auf Ministerebene wichtig.

Bei der Schilderung der verschiedenen Aktivitäten im Bereich der OSZE nannte er Maßnahmen u. a. gegen Menschenhandel, Terrorismus und organisiertes Verbrechen. Schwerpunkte in der Diskussion seien außerdem die Frage nach dem Status der OSZE (die immer noch keine Rechtspersönlichkeit hat). Die in Ljubljana verabschiedeten Reformen bleiben ein wichtiges Thema. Der Ministerrat habe ODIHR beauftragt, einen Bericht über die eingegangenen Verpflichtungen, zusätzliche Verpflichtungen und Effizienzverbesserung zu erstellen. Dieser Bericht liege nun vor (demnächst im Internet). ODIHR gebe 12 Empfehlungen: u. a. verbessertes follow up, Diversität der Beobachter, Transparenz bei der Auswahl der Beobachter, Schaffung eines Beobachternetzwerks, bessere Zusammenarbeit mit den parlamentarischen Beobachtern. Ein weiteres wichtiges Thema sei der angestrebte Vorsitz Kasachstans im Jahre 2009.

Sonntag, 19. November 2006

Forum Mittelmeer

Das Forum Mittelmeer konzentrierte sich auf die Lage im Nahen Osten. Präsident LENNMARKER eröffnete das Forum und führte in die **Themen** Freier Handel, Soziale Entwicklung und Umwelt ein. Die Redner in der Eröffnungssitzung unterstrichen besonders den Zusammenhang zwischen Sicherheit im Mittelmeerraum und der gesamten OSZE. Der Außenminister Maltas, Michael FRENDU, forderte eine stärkere Zusammenarbeit. Mehmet Dulger, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses in der Türkei, unterstrich die Wichtigkeit der Frage Palästinas. Colette AVITAL, stellvertretende Parlamentspräsidentin Israels, unterstrich die Notwendigkeit, trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten eine Zwei-Staaten-Lösung zu finden. Diese Lösung forderte auch Ahmed KATTAB, Vertreter des ägyptischen Außenministeriums.